

[36-15.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Antrag der Koalition ist ein guter Antrag, denn er hat schon einmal eines geschafft, was nicht alle Anträge bei uns schaffen: Alle haben verstanden, wie er gemeint ist, was er bedeutet und was er enthält. Da können wir durchaus sagen, das haben wir gut gemacht.

Wir haben uns, finde ich, auch relativ gut und zügig mit der Situation auseinandergesetzt. Der Antrag, der außerdem heute auf der Tagesordnung zu dem Punkt steht, war beim letzten Mal das erste Mal im Plenum. Er ist eine Runde zurückgestellt worden, und wir haben uns auch nicht erst gestern in der Koalition verständigt. Das ist in meinen Augen ein wichtiges Zeichen und zeigt, dass diese Koalition, bei den unterschiedlichen Sichtweisen der drei Beteiligten, in der Lage ist, sinnvolle Lösungen zu finden. Das sollten wir nicht unterschätzen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was ich ein bisschen vermisse, ist, dass bei den Beiträgen eben die Ereignisse der letzten Tage völlig ignoriert worden sind, denn die waren durchaus hoffnungsvoll. Wir haben in den letzten Tagen und Wochen mitbekommen, dass sich in Italien die Situation verändert hat, dass sich in Europa die Situation anfängt zu verändern; und das hätte ich mir, ehrlich gesagt, bei den Beiträgen eben schon gewünscht, dass man das vielleicht auch einmal erwähnt.

(Beifall)

Wenngleich ich nicht so weit gehen möchte, von den LINKEN. in Frankfurt das zu verlangen, was die LINKEN. im Bund geschafft haben, nämlich den Bundesinnenminister Seehofer zu loben. Das ist vielleicht doch zu viel für sie. Das kann ich durchaus einsehen.

Die Lösung, die sich im Moment auf Bundesebene und in Europa abzeichnet, ist, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht. Wenn ich es mir richtig gemerkt habe: Die Aufnahme von einem Viertel von aus Seenot Geretteten, die in Italien an Land gekommen sind; dies ist ein guter Schritt. Das ist eine Entwicklung, wie wir sie uns im letzten Jahr hier auch in Frankfurt als Koalition schon gewünscht haben und wie wir sie damals auch schon in einem gemeinsamen Beschluss festgehalten haben. Die Lösungen für die Flüchtlingskrise im Mittelmeer müssen auf europäischer Ebene gefunden werden, meine Damen und Herren.

Symbolpolitik, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Was ist das, für wen ist sie gut? Das haben wir letztes Mal hier ausführlich erörtert, das müssen wir nicht alles im Einzelnen noch einmal nachvollziehen. Es ist deutlich geworden, für SPD und GRÜNE war das Thema hier eines, bei dem sie auf eine symbolische Handlung sehr viel Wert legen. Wir als CDU haben einen anderen Maßstab angelegt. Wir haben letztes Mal schon gesagt, für uns zählen bei dem Thema Taten mehr als Worte. Wir sind der Meinung, dass für Menschen, die im Ertrinken begriffen sind und sich im Mittelmeer in unmittelbarer Not befinden, eine symbolische Handlung und eine Erklärung als sicherer Hafen nicht viel wert ist. Aber wir haben uns natürlich seit der letzten Sitzung noch einmal mit den Themen befasst. Es ist schon so, dass wir auch als CDU sagen, es gibt Symbole und symbolische Handlungen, die einen Wert haben, die viel bedeuten und bei denen sich alle Menschen darüber klar sind, dass da ein Symbol mehr als tausend Worte sagt. Ich habe ein Beispiel mitgebracht, bei dem wir uns sicherlich fast alle einig sind, dass mit dieser symbolischen Handlung eine Menge passiert ist und dass es auch eine richtige symbolische Handlung war.

(Beifall)

Jetzt muss man nicht immer Fälle suchen und sich auf der Maßstabsebene von der deutsch-französischen Aussöhnung bewegen, wie sie hier 1984 in Verdun von Kohl und Mitterrand in einer tollen Geste gezeigt worden ist, aber wir können durchaus - und das hat die Koalition mit ihrem Antrag gezeigt - auch hier sagen: Die Solidaritätserklärung der Stadt Frankfurt, und insofern auch als Teil vom Bündnis Seebrücke, kann hierzu ein Beitrag sein. Dazu haben wir uns als CDU bereit erklärt und damit eine gemeinsame Beschlussfassung ermöglicht.

Gleichzeitig haben sich aber auch SPD und GRÜNE damit arrangiert, dass wir uns auf die bestehende Regelung verständigen. Die geübte Praxis, die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen in Frankfurt, vollzieht sich nach den geltenden Regeln. Wir haben in Deutschland und Hessen Regelungen, wie die Menschen, die in dieses Land kommen, aufgenommen und wie sie verteilt werden. Uns als CDU war wichtig, dass hier nicht neben den Wegen, die wir schon haben, ein zweiter Verteilmechanismus eingeführt wird, weil uns wichtig ist, dass die Aufnahme- und Integrationskraft, die in dieser Stadt im Moment schon bis aufs Äußerste in Anspruch genommen wird, nicht zu einer

Überforderung führt und dass wir den Menschen, die zu uns kommen, eine gute Perspektive bieten können.

Wir haben immer noch über 400 Menschen in Hallen untergebracht. Wir bekommen weiterhin jede Woche Flüchtlinge nach Frankfurt, die hier aufgenommen und untergebracht werden müssen. Wir haben letztes Mal schon darüber gesprochen, dass diejenigen Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, als Frankfurter dann auch eine Aussicht haben müssen auf eine ordentliche Unterkunft, auf eine Wohnung. Damit ist diese Stadt durchaus vor eine anspruchsvolle Aufgabe gestellt.

Ich meine, vorhin hätte Frau Busch im Rahmen von Lernräumen sich dazu geäußert, dass Kinder und Jugendliche eben auch Räume brauchen, wo sie ihre Hausaufgaben machen können und wo sie kindgemäß die Bedingungen vorfinden, die sie benötigen, damit sie sich entwickeln können und gleiche, faire Chancen haben. Das gilt natürlich für Flüchtlinge und deren Kinder genauso, meine Damen und Herren. Deswegen ist es schon auch eine sehr wichtige Frage: Sind wir als Stadt in der Lage, diejenigen, die wir aufnehmen, hier ordentlich und mit guten Aussichten und guten Rahmenbedingungen zu versorgen? Bisher können wir sagen, Frankfurt ist dabei engagiert, Frankfurt leistet, was es leisten kann, geht bis an die Grenzen seiner Kräfte, und das ist gut so. Aber das müssen wir auch einsehen und verantwortungsvoll damit umgehen.

Der Antrag selbst enthält zwei Punkte, die - wenn ich mich nicht irre - wortgleich sind mit dem, was wir Ende letzten Jahres beschlossen haben. Das sind die Aufforderungen an Bund und Land, weil sich daran inhaltlich nichts geändert hat, an deren Richtigkeit. Wir haben außerdem den Hinweis auf ein Programm, das auf Landesebene erarbeitet werden soll, aufgenommen. Das ist in dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag für Hessen auch vorgesehen. Darüber hinaus ist der erste Punkt enthalten, über den wir jetzt gesprochen haben, der eine Solidaritätserklärung enthält, aber eben auch gleichzeitig festschreibt, dass wir bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen weiterhin so erfolgreich und auch zum Wohle der Menschen, die zu uns kommen, vorgehen wollen. Das ist ein gutes Ergebnis, und ich freue mich, dass die Koalition das geschafft hat.

Vielen Dank!

(Beifall)